

Kurznachrichten

In eigener Sache

Internationales Jahr der Statistik 2013

Statistik – was geht mich das an? Eine kurze Antwort auf diese Frage ist, dass Statistiken weitreichenden Einfluss auf jeden Menschen haben – angefangen vom täglichen Essen bis hin zu Medikamenten, die wir nehmen. Dass dieser Einfluss stärker wahrgenommen wird, ist ein Ziel des Internationalen Jahres der Statistik. Daneben sollen insbesondere junge Menschen für das Berufsfeld der Statistik begeistert werden.

Alle statistischen Organisationen sind aufgerufen, sich an diesem Ereignis zu beteiligen und die Bedeutung von Statistik für Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Medien, Arbeitgeber, Studierende sowie die breite Öffentlichkeit hervorzuheben.

Auch das Statistische Bundesamt beteiligt sich am internationalen Jahr der Statistik, beispielsweise mit einem Quiz über Deutschland (www.destatis.de/DE/Quiz/Quiz.html) und mit verschiedenen Veranstaltungen, wie zum Beispiel Seminaren zur europäischen Statistik, einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema Soziale Medien, einem Angebot zum Kid's Day am 25. April sowie mit Messeständen und vielen anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Informationen zu den Aktivitäten des Statistischen Bundesamtes enthält ein Veranstaltungskalender, der auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Über uns › Veranstaltungen zur Verfügung steht.

Weitere Informationen zum Internationalen Jahr der Statistik stehen auf den Webseiten www.statistik2013.de oder ausführlicher unter www.statistics2013.org zur Verfügung.

Aus Europa

60 Jahre Eurostat

Zum 60. Jahrestag der Eurostat-Gründung hat der Generaldirektor Eurostats, Walter Radermacher, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften und seine Bedeutung für die Europäische Union (EU) gewürdigt. In einer kurzen Ansprache im Rahmen der 16. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 7. Februar 2013 in Luxemburg zeichnete der Generaldirektor Eurostats sechs Jahrzehnte Eurostat-Geschichte seit 1953 nach. Gleichzeitig gab er einen Ausblick auf Perspektiven der amtlichen europäischen Statistik, für die heute wie in der Zukunft eine aktive und enge Zusammenarbeit wichtiger denn je ist.

Auch in Zukunft sei die Politik in ihren Entscheidungsprozessen auf hochwertige Statistikdaten angewiesen. Die amtliche Statistik liefere einen ganz wesentlichen Beitrag zu Transparenz und öffentlicher Nachprüfbarkeit, auf europäischer wie nationaler Ebene. Im Zeichen des Übergangs zu einer Informationsgesellschaft und wissensbasierten Wirtschaft und vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen gelte es nun, die traditionellen Methoden und Prozesse der Datenproduktion zu überdenken.

Das Europäische Statistische System (ESS) müsse für eine erfolgreiche Zukunft die Arbeiten zur Unabhängigkeit, Stärke und Effizienz der amtlichen Statistik fortsetzen. Wichtige Schritte auf dem Weg dahin seien unter anderem die Umsetzung des Europäischen Statistischen Mehrjahresprogramms für die Jahre 2013 bis 2017, die Kommissionsmitteilung „Ein robustes Qualitätsmanagement für die europäischen Statistiken“, die Revision der Verordnung für europäische Statistiken Nr. 223/2009 und die Straffung der ESS-Führungsstrukturen durch einen neuen Rechtsrahmen für Europäische Statistiken sowie eine einheitliche Gremienstruktur.

Über die 16. Sitzung des AESS wird in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift berichtet werden.

Aus dem Inland

Amtsleiterkonferenz im Februar 2013

Am 13. Februar 2013 fand die erste Amtsleiterkonferenz im „Internationalen Jahr der Statistik 2013“ statt. Auf der Tagesordnung standen Beschlüsse zum Projekt „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“, zur Statistik der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie zu den Energie- und CO₂-Bilanzen auf Bundes- und Länderebene.

- › Im Rahmen des Projekts „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“ wird eine Arbeitsgruppe ein Grobkonzept entwickeln, wie die *Teilnahmebereitschaft an freiwilligen Haushaltsbefragungen* gesteigert werden kann. Auf dieser Basis soll das Grundmodell für das neue System der Haushaltsstatistiken einem wichtigen *Praxistest* unterzogen werden.
- › Aufgrund einer Gesetzesänderung müssen die Ergebnisse für die *Statistiken der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege* (Kita-Statistik) spätestens bis zum 30. Juni bereitgestellt werden. Die Amtsleiterkonferenz hat sich auf ein Verfahren geeinigt, wie die damit einhergehende Fristverkürzung um 3 Monate umgesetzt werden kann.
- › Bisher vom Mineralölwirtschaftsverband bereitgestellte regionalisierte Absatzzahlen über Mineralölprodukte werden künftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Amtsleiterkonferenz hat daher die Referentenbesprechung Energiestatistik beauftragt, Vorschläge des Länderarbeitskreises „Energiebilanzen“ für eine alternative Datengewinnung zu prüfen. Ziel dabei ist es, konkrete *Vorschläge für entsprechende Änderungen am Energiestatistikgesetz und Mineralölstatistikgesetz* zu erarbeiten, um weiterhin Energiebilanzen und CO₂-Bilanzen auf Bundes- und Länderebene erstellen zu können.

Informationen des Bundeswahlleiters

Der Termin für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag steht fest

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2013 vom 8. Februar 2013 (BGBl. I S. 165) am Sonntag, dem 22. September 2013, statt.

Das Grundgesetz gibt in Artikel 39 Absatz 1 den Zeitrahmen für die Festlegung des Termins vor.

Danach findet eine Neuwahl frühestens 46 und spätestens 48 Monate nach dem Beginn der laufenden Wahlperiode statt. Kommt es zu einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Bundestages, müssen vorgezogene Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösungsentscheidung stattfinden.

Die Wahlperiode des 17. Deutschen Bundestages hat mit ihrer konstituierenden Sitzung am 27. Oktober 2009 begonnen. Frühester Termin für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag wäre Mittwoch, der 28. August 2013, der späteste Termin Sonntag, der 27. Oktober 2013.

Der Wahltag muss gemäß § 16 Bundeswahlgesetz ein Sonntag oder ein gesetzlicher Feiertag sein. Die Festlegung des Wahltermins auf einen für den überwiegenden Teil der Wahlberechtigten arbeitsfreien Tag soll einerseits die Wahlorganisation durch ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer erleichtern und andererseits eine hohe Wahlbeteiligung sicherstellen. Aus diesem Grund sollen die Termine für Bundestagswahlen auch nicht mit Hauptferienzeiten kollidieren. Die spätesten Sommerferien enden in Bayern am 11. September und die frühesten Herbstferien beginnen am 30. September 2013 in Berlin, Brandenburg und Hamburg. Folglich kommen nach geübter Staatspraxis lediglich der 15. und der 22. September 2013 als Wahltermine in Betracht.

Mit der Festlegung des Wahltermins werden die im Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung vorgegebenen Fristen in Gang gesetzt. Gleichzeitig wird der Kreis der Wahlberechtigten sowie der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber definiert.

Die für die Arbeit des Bundeswahlleiters wesentlichsten Fristen sind bis zum Wahltag

- › der 17. Juni 2013, also der 97. Tag vor der Wahl (letzter Tag – bis 18.00 Uhr – für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl beim Bundeswahlleiter),
- › der 5. Juli 2013, das ist der 79. Tag vor der Wahl (letzter Tag für die Feststellung und Verkündung, welche Parteien als sogenannte etablierte Parteien an der Wahl teilnehmen können und welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Parteien durch den Bundeswahlausschuss anzuerkennen sind),

- › der 1. August 2013, der 52. Tag vor der Wahl (letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste).

Wahlberechtigt beziehungsweise wählbar sind bei Vorliegen aller anderen Voraussetzungen alle Deutschen, die am 22. September 2013 das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, das heißt, alle Deutschen, die am 22. September 1995 und früher geboren wurden.

Neuerscheinungen

Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt zur integrierten Ausbildungsberichterstattung bearbeitet. Ziel der integrierten Ausbildungsberichterstattung ist es, das Ausbildungsverhalten von Jugendlichen im Anschluss an die Sekundarstufe I sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene vollständig und systematisch abzubilden.

Das Projekt war darauf ausgelegt, die Datensituation auch über die Projektlaufzeit hinaus zu verbessern. In den vergangenen Jahren wurden Daten aus der integrierten Ausbildungsberichterstattung für den Berufsbildungsbericht, den Bildungsbericht und für internationale Bildungsdatenlieferungen (Meldungen an die Organisationen der Vereinten Nationen, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften) bereitgestellt und jährlich eine Pressemitteilung sowie eine Arbeitsunterlage zu den ersten vorläufigen Ergebnissen der integrierten Ausbildungsberichterstattung veröffentlicht. Die neu erschienene Arbeitsunterlage zu den endgültigen Ergebnissen der integrierten Ausbildungsberichterstattung soll künftig jährlich veröffentlicht werden.

Im Jahr 2011 starteten 741 000 Personen eine Berufsausbildung. Davon hatten 164 100 Personen (22,1 %) zuvor bereits eine allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben, fast die Hälfte, nämlich 361 400 Personen (48,8 %), hatte einen Realschulabschluss und 188 900 Personen (25,5 %) einen Hauptschulabschluss. 19 600 Personen (2,6 %) begannen 2011 mit einer beruflichen Ausbildung, obwohl ihnen der Hauptschulabschluss fehlte.

Im Übergangsbereich sollen durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder auch durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz verbessert werden, hier wurden 284 900 Anfänger/-innen gezählt. Die meisten von ihnen, 150 900 Personen (52,9 %), besaßen bereits einen Hauptschulabschluss. 54 900 Anfänger/-innen (19,3 %) im Übergangsbereich hatten die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen.

70 000 junge Menschen (24,6 %), die 2011 ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich begannen, hatten zuvor bereits einen Realschulabschluss und 4 700 Personen (1,6 %) sogar eine allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben.

Darüber hinaus setzten 492 700 Schülerinnen und Schüler 2011 ihre schulische Laufbahn im Sekundarbereich II fort, um eine Studienberechtigung zu erreichen; 522 300 junge Menschen begannen 2011 ein Studium.

Detaillierte Ergebnisse für das Jahr 2011 enthält die Arbeitsunterlage „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich › Publikationen › Thematische Veröffentlichungen › Bildung, Forschung, Kultur.

Kompakt

Wie wirkt sich die Abschaffung der Praxisgebühr auf den Verbraucherpreisindex aus?

Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 ist die Praxisgebühr für Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen entfallen. Die Praxisgebühr war im Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V „Gesetzliche Krankenversicherung“) geregelt und wurde im Rahmen der Gesundheitsreform 2004 eingeführt. Danach mussten gesetzlich Versicherte eine Zuzahlung in Höhe von 10 Euro bei Arzt-, Zahnarzt- oder Psychotherapeutenbesuchen sowie im kassenärztlichen Notdienst einmalig für das jeweilige Quartal entrichten.

Die Praxisgebühr ist beziehungsweise war in die Berechnung des Verbraucherpreisindex einbezogen. Nach den Konzepten der Verbraucherpreisstatistik sind sowohl die Beiträge zu gesetzlichen Krankenversicherungen als auch deren Erstattungen im Krankheitsfall als Sozialbeiträge beziehungsweise soziale Leistungen nicht Bestandteil des Verbraucherpreisindex. Erfasst werden jedoch bei gesetzlich Krankenversicherten Zuzahlungen für Leistungen des Gesundheitswesens. Dazu zählt auch die Praxisgebühr.

Die Abschaffung der Praxisgebühr wirkt sich demnach unmittelbar auf den Verbraucherpreisindex bei den ärztlichen und zahnärztlichen Dienstleistungen aus. Die Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex insgesamt wird dadurch im Januar 2013 um knapp 0,2 Prozentpunkte abgesenkt. Das entspricht fast genau der Erhöhung der Teuerungsrate, die im Januar 2004 auf die Einführung der Praxisgebühr zurückgeführt worden war.

Weitere Auskünfte erteilt
Andreas Reuter, Telefon 06 11/75 35 83,
www.destatis.de/kontakt

Fleischproduktion 2012

Im Jahr 2012 war die gewerblich erzeugte Fleischmenge in Deutschland erstmals seit dem Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr rückläufig: 2012 wurden 8,0 Millionen Tonnen Fleisch erzeugt, das waren 159 500 Tonnen (1,9%) weniger als im Jahr 2011. Im Jahr 1997 hatte die erzeugte Schlachtmenge 4,9 Millionen Tonnen betragen und war bis zum Jahr 2011 um fast 67% auf rund 8,2 Millionen Tonnen gestiegen. Die verminderte Produktion 2012 resultiert vor allem aus der rückläufigen Schweinefleischproduktion. Die Rindfleischproduktion ging ebenfalls zurück, folgte damit aber dem Trend der vergangenen Jahre. Auch das bisher rasante Wachstum bei der Geflügelfleischproduktion kam fast zum Erliegen. Hier wurde 2012 nur geringfügig mehr erzeugt als im Vorjahr.

An der gewerblichen Fleischerzeugung insgesamt hatte Schweinefleisch mit 67,8% den höchsten Anteil, danach folgten Geflügelfleisch (17,7%) und Rindfleisch (14,1%). Der Anteil an Schaf-, Ziegen- und Pferdefleisch betrug zusammen 0,3%.

Insgesamt wurden 2012 knapp 5,5 Millionen Tonnen Schweinefleisch produziert und damit 2,5% weniger als 2011 (-140 700 Tonnen). Die Schlachtzahlen von Schweinen gingen um 1,4 Millionen Tiere (-2,3%) auf 58,2 Millionen Schweine zurück. Dabei wurden sowohl weniger Schweine inländischer Herkunft (-2,1% auf 53,7 Millionen Tiere) als auch weniger importierte Schweine (-4,7% auf 4,5 Millionen Tiere) geschlachtet.

Im Jahr 2012 wurden rund 1,1 Millionen Tonnen Rindfleisch gewerblich erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Produktion um 1,9% (-21 900 Tonnen). Insgesamt wurden 3,6 Millionen Rinder geschlachtet, 57 800 Tiere (-1,6%) weniger als im Jahr 2011.

Die Geflügelfleischerzeugung stieg 2012 gegenüber 2011 um 0,3% (+4 200 Tonnen) auf 1,4 Millionen Tonnen an. Entscheidend für die erneute Produktionssteigerung war die Erzeugung von Jungmasthühnerfleisch (863 400 Tonnen, +1,1%). Dagegen sanken die Erzeugung von Putenfleisch um 0,7% auf eine Schlachtmenge von 464 000 Tonnen, sowie die Produktion von Suppenhühnerfleisch um 4,5% auf knapp 40 000 Tonnen.

Eine ausführliche Analyse steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Zahlen & Fakten > Wirtschaftsbereiche > Land & Forstwirtschaft > Tierische Erzeugung zur Verfügung. Lange Zeitreihen über die Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik können über die Tabellen Geschlachtete Tiere, Schlachtmenge (41331-0004) und Schlachtmenge in Geflügelschlachtereien (41322-0002) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Zierpflanzenanbau 2012

Im Jahr 2012 haben in Deutschland fast 4 500 Betriebe auf einer Grundfläche von insgesamt gut 6 700 Hektar Blumen und Zierpflanzen angebaut. Gut ein Viertel (1 800 Hektar)

der Grundfläche lag unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern. Mehr als zwei Drittel (69%) dieser Anlagen konnten beheizt werden.

Die größten Grundflächen für Zierpflanzenanbau liegen in Nordrhein-Westfalen, wo 2012 mit gut 2 900 Hektar 43% der Flächen bewirtschaftet wurden. Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern verfügten zusammen mit mehr als 2 100 Hektar über weitere 32% der Grundfläche für die deutsche Zierpflanzenerzeugung.

Insgesamt rund 1,2 Milliarden Beet- und Balkonpflanzen sowie Stauden wurden 2012 deutschlandweit in 3 200 Betrieben als Fertigware erzeugt. Die bedeutendsten darunter waren Viola (dazu gehören beispielsweise Veilchen und Stiefmütterchen) mit 285 Millionen Stück. Danach folgten Stauden mit rund 157 Millionen Stück sowie Calluna (Besenheide) mit 100 Millionen Stück. Auf den Plätzen drei und vier lagen Primeln (95 Millionen Stück) und Pelargonien (Geranien) mit 88 Millionen Stück. Zusätzlich wurden 2012 rund 142 Millionen Zimmerpflanzen in 2 000 Betrieben als Fertigware produziert. Den größten Anteil hatten dabei Alpenveilchen (22 Millionen Stück), gefolgt von blühenden Zwiebelpflanzen im Topf (21 Millionen Stück).

Grunddaten zum Bauhauptgewerbe 2012

Im Jahr 2012 sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 4,2% gestiegen. Die Baunachfrage nahm im Hochbau um 5,4% und im Tiefbau um 2,8% zu.

Durchschnittlich waren im Jahr 2012 in den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus 745 000 Personen tätig – etwa 11 000 Personen mehr als im Jahr davor (+1,5%). Der Gesamtumsatz belief sich 2012 auf rund 93,8 Milliarden Euro (+0,4% gegenüber 2011).

Im Dezember 2012 sind die Auftragseingänge preisbereinigt um 6,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gesunken. Dabei nahm die Baunachfrage im Hochbau um 2,7% und im Tiefbau um 11,4% ab. Die Zahl der tätigen Personen lag im Dezember 2012 mit 740 000 um 1,2% über dem Niveau von Dezember 2011. Der Gesamtumsatz war im Dezember 2012 mit 8,5 Milliarden Euro um 10,0% niedriger als im Vorjahresmonat.

Detaillierte Daten und lange Zeitreihen zum Bauhauptgewerbe können über die Tabelle 44111-0001 (Tätige Personen, Entgelte, Umsatz) und die Tabelle 44111-0002 (Tätige Personen im Bauhauptgewerbe) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Beschäftigung im Gesundheitswesen 2011

Am 31. Dezember 2011 waren rund 4,9 Millionen Menschen in Deutschland und damit etwa jeder neunte Beschäftigte im Gesundheitswesen tätig. Im Jahr 2011 gab es rund 87 000

mehr Arbeitsplätze im Gesundheitswesen als 2010. Das entspricht einem Beschäftigungswachstum von 1,8%.

Der positive Beschäftigungstrend der letzten fünf Jahre setzte sich damit auch 2011 weiter fort. Zwischen 2006 und 2011 nahm die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen um insgesamt 457 000 Personen oder 10,2% zu. Zusätzliche Arbeitsplätze gab es im Jahr 2011 wie in den Vorjahren vor allem in Gesundheitsdienstberufen (+ 45 000): Hier stieg beispielsweise die Zahl der Ärztinnen/Ärzte und der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/-pfleger um jeweils 8 000. In den sozialen Berufen entfielen von den 23 000 zusätzlichen Stellen fast alle auf die Altenpflege. In den anderen Berufen des Gesundheitswesens (beispielsweise Verwaltungsfachleute und Reinigungskräfte) wurden 17 000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr gezählt.

Im Jahr 2011 arbeiteten rund 2,2 Millionen Beschäftigte in der ambulanten und rund 2,0 Millionen Beschäftigte in der (teil-)stationären Gesundheitsversorgung. Weitere 700 000 Personen waren beispielsweise in der Verwaltung oder im Gesundheitsschutz tätig. In den ambulanten Einrichtungen erhöhte sich die Beschäftigtenzahl 2011 gegenüber 2010 um 37 000: Mehr Beschäftigte gab es insbesondere in Praxen sonstiger medizinischer Berufe – hier arbeiten beispielsweise Physio- und Ergotherapeutinnen/-therapeuten (+ 17 000 Beschäftigte) – und in der ambulanten Pflege (+ 9 000 Beschäftigte). In den (teil-)stationären Einrichtungen stieg die Zahl der Beschäftigten insgesamt um 41 000, vor allem durch Zunahmen in der (teil-)stationären Pflege (+ 25 000 Beschäftigte) und in den Krankenhäusern (+ 16 000 Beschäftigte). Rückläufig war die Zahl der Beschäftigten in der Verwaltung mit 3 000 Arbeitsplätzen weniger als im Jahr 2010.

Von den 4,9 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen waren 43,9% teilzeit- oder geringfügig beschäftigt. Die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten, die sogenannten Vollkräfte, lag im Jahr 2011 bei rund 3,7 Millionen. Sie erhöhte sich gegenüber 2010 um 59 000, das entspricht – wie bereits im Vorjahr – einem Anstieg um 1,6%.

Weitere gesundheitsbezogene Daten enthält das Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes unter www.gbe-bund.de.

Todesfälle durch Krebsleiden 2011

Rund 26% aller im Jahr 2011 verstorbenen Personen (852 328) erlagen einem Krebsleiden (bösartige Neubildung). Krebs bleibt damit nach den Herz-Kreislaufkrankungen zweithäufigste Todesursache, der Anteil der Krebsleiden an allen Todesfällen ist in den letzten 30 Jahren um fast 25% gestiegen. Der Anteil der Herz-Kreislaufkrankungen an allen Todesfällen hingegen ist in diesem Zeitraum fast genauso stark zurückgegangen (– 23%).

Bei Männern waren Erkrankungen der Verdauungsorgane mit 38 531 Gestorbenen die häufigste Krebsart mit Todesfolge. Das entspricht einem Anteil von 32% an allen krebs-

bedingten Todesfällen. An zweiter Stelle lagen Lungen- und Bronchialkrebs mit 31 293 Sterbefällen und einem Anteil von 26%.

Bei den Frauen dominierten ebenfalls Krebserkrankungen der Verdauungsorgane mit 31 694 Gestorbenen. Das entspricht einem Anteil von 30% an allen krebsbedingten Todesfällen. An zweiter Stelle lagen Brustkrebserkrankungen mit 17 815 Sterbefällen und einem Anteil von knapp 18%.

Leberkrebs hat als Todesursache bei Männern in den letzten 30 Jahren am stärksten zugenommen: Der Anteil der daran Gestorbenen hat sich um fast 56% erhöht. Frauen sterben heute mehr als doppelt so häufig (+ 124%) an Krebserkrankungen, die in einen engen Zusammenhang mit dem Konsum von Tabakprodukten gebracht werden können (Lungen-, Bronchial-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs).

Das Alter der an Krebs gestorbenen Personen hat sich in den letzten 30 Jahren insgesamt um 3,1 Jahre auf 73 Jahre erhöht. Männer wurden durchschnittlich 72,1 Jahre alt, Frauen 74 Jahre.

Krankenhausdiagnosestatistik 2011

Nach den Daten der Krankenhausdiagnosestatistik für das Jahr 2011 wurden insgesamt rund 18,8 Millionen Patientinnen und Patienten vollstationär in einem Krankenhaus behandelt. Die Herzinsuffizienz war mit 380 100 Fällen der häufigste Grund für einen stationären Krankenhausaufenthalt. An zweiter Stelle lagen psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (338 400 Fälle), worunter auch der akute Alkoholmissbrauch fällt. Danach folgte die Herzerkrankung Vorhofflattern und Vorhofflimmern mit 262 900 Fällen.

Von den 18,8 Millionen Patientinnen und Patienten waren 53% weiblich und 47% männlich. Das Durchschnittsalter der Behandelten lag bei 54 Jahren. Bezogen auf 100 000 Einwohner gab es 2011 insgesamt 20 828 Behandlungsfälle, das waren 0,7% mehr als im Vorjahr (20 684 Behandlungsfälle je 100 000 Einwohner).

26 349 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren wurden im Jahr 2011 aufgrund akuten Alkoholmissbrauchs stationär in einem Krankenhaus behandelt. Das waren 1,4% mehr als 2010 (25 995 Kinder und Jugendliche mit der Diagnose Alkoholmissbrauch) und somit 325 je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe (+ 3,3% gegenüber 2010).

Rund 62% der Behandelten waren männlich, obwohl der entsprechende Bevölkerungsanteil nur 51% beträgt.

Weitere Informationen aus der Krankenhausstatistik finden sich auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Gesundheit > Krankenhäuser.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2011

Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahr 2011 insgesamt rund 30,5 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Die Ausgaben sind damit gegenüber 2010 um 5,7% gestiegen. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,6 Milliarden Euro – unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen – wendete die öffentliche Hand netto rund 27,9 Milliarden Euro auf. Gegenüber 2010 entspricht das einer Steigerung um 6,2%.

Der größte Teil der Bruttoausgaben (62%) entfiel mit rund 19,0 Milliarden Euro auf die Kindertagesbetreuung, 6,7% mehr als 2010. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro wurden netto 17,3 Milliarden Euro für Kindertagesbetreuung ausgegeben. Das waren 7,2% mehr als im Vorjahr.

Gut ein Viertel der Bruttoausgaben (26%) – insgesamt mehr als 7,8 Milliarden Euro – wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,3 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder in anderer betreuter Wohnform. Die Ausgaben für sozialpädagogische Familienhilfe lagen bei 741 Millionen Euro.

Weitere gut 5% der Gesamtausgaben wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugenderholung oder in Jugendzentren. Bund, Länder und Gemeinden wendeten dafür rund 1,6 Milliarden Euro auf.

Die Ausgaben für vorläufige Schutzmaßnahmen, zu denen insbesondere die Inobhutnahme bei Gefährdung des Kindeswohls gehört, stiegen gegenüber 2010 um 8,1% auf rund 178 Millionen Euro 2011.

Pensionierungen von Lehrkräften 2011

Rund 20 900 verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer wurden im Jahr 2011 in den Ruhestand versetzt. Darunter waren rund 4 000 Lehrkräfte (19%), die aufgrund von Dienstunfähigkeit in Pension gingen. Seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993 wurden noch nie so wenige Lehrer/-innen aufgrund von Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt.

Bis 2001 war mehr als jede zweite Lehrkraft aufgrund von Dienstunfähigkeit pensioniert worden. Nach der Einführung von Versorgungsabschlüssen bei vorzeitiger Pensionierung folgte bis 2011 eine nahezu kontinuierliche Abnahme der Dienstunfähigkeit als Grund für den Ruhestandseintritt. Gleichzeitig stieg beim Lehrpersonal der Anteil derer, die nach Erreichen einer Altersgrenze in den Ruhestand gingen, auf 81% im Jahr 2011 (2010: 79%). Im Durchschnitt waren die Lehrkräfte, die im Jahr 2011 in den Ruhestand versetzt wurden, 62,9 Jahre alt (2010: 62,7 Jahre). Das durchschnittliche Alter, mit dem Lehrer/-innen wegen Dienstunfähigkeit in Pension gingen, lag wie im Vorjahr bei 58,2 Jahren.

Zu Beginn des Jahres 2012 erhielten insgesamt 308 900 ehemalige Lehrkräfte Ruhestandsbezüge. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 14 100 Personen oder 4,8%. Dieser Anstieg ist auf die im langjährigen Vergleich sehr hohe Zahl der Pensionierungen von Lehrkräften im Jahr 2011 zurückzuführen. Die zahlreichen Einstellungen von Lehrpersonal in den 1970er-Jahren werden voraussichtlich auch in den kommenden zehn Jahren für eine hohe Zahl an Pensionierungen sorgen.

Detaillierte Daten zu diesem Thema enthält die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 6.1 „Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Öffentliche Finanzen & Steuern erhältlich ist.

Bierabsatz 2012

Im Jahr 2012 setzten die in Deutschland ansässigen Brauereien und Bierlager insgesamt rund 96,5 Millionen Hektoliter Bier ab. Dies war die niedrigste Menge seit der deutschen Vereinigung. Der Bierabsatz ging gegenüber dem Vorjahr um 1,8% beziehungsweise 1,8 Millionen Hektoliter zurück. Alkoholfreie Biere, Malztrunk sowie das aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (EU) eingeführte Bier sind hierin nicht enthalten.

Biermischungen – Bier gemischt mit Limonade, Cola, Fruchtsäften und anderen alkoholfreien Zusätzen – machten 2012 mit 4,3 Millionen Hektolitern 4,5% des gesamten Bierabsatzes aus.

83,9% des Bierabsatzes waren für den Inlandsverbrauch bestimmt und wurden versteuert. Das waren 81,0 Millionen Hektoliter, 2,1% weniger als 2011. Steuerfrei (Exporte und Haustrunk) wurden 15,5 Millionen Hektoliter Bier abgesetzt (-0,3%). Davon gingen 11,0 Millionen Hektoliter (-2,0%) in EU-Länder, 4,3 Millionen Hektoliter (+4,6%) in Drittländer und 0,2 Millionen Hektoliter (-4,3%) unentgeltlich als Haustrunk an die Beschäftigten der Brauereien.

Der Bierabsatz war 2012 – wie auch in den Vorjahren – in Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 24,7% und in Bayern mit einem Anteil um 22,9% am höchsten. Diese beiden Bundesländer führten auch den Inlandsabsatz an: In Nordrhein-Westfalen lag er bei 26,0%, in Bayern bei 22,0%. Den höchsten Bierabsatz über die bundesdeutschen Grenzen hinweg erzielten mit einem Anteil von 27,6% die Brauereien und Bierlager mit Sitz in Bayern. Alle Angaben zum regionalen Absatz von Bier richten sich nach dem Sitz der Steuerlager (Brauereien und Bierlager) und lassen keinen Rückschluss auf den regionalen Bierkonsum zu.

Weitere Ergebnisse und methodische Hinweise finden sich in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 9.2.1 „Absatz von Bier“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Öffentliche Finanzen & Steuern zur Verfügung steht.

Tarifverdienste 2012

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland stiegen im Jahr 2012 durchschnittlich um +2,7% gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg lag damit deutlich über den Steigerungen in den Jahren 2011 (+1,5%) und 2010 (+1,6%).

Grund für diese Entwicklung sind die vergleichsweise hohen Neuabschlüsse im Jahr 2012 sowie deutliche Tarifsteigerungen, die bereits in den Vorjahren von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbart worden waren. Die Ergebnisse aus den Jahren 2010 und 2011 beruhten dagegen zum Teil noch auf Verträgen, die mitten in der Wirtschaftskrise verhandelt worden waren. Diese sahen entsprechend niedrige Tarifsteigerungen vor.

Die tariflichen Monatsverdienste entwickelten sich in den einzelnen Branchen unterschiedlich: Die höchsten durchschnittlichen Tarifierhöhungen erhielten im Jahr 2012 die Beschäftigten in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, im öffentlichen Dienst sowie im Bereich Erziehung und Unterricht mit jeweils +3,0%. Am niedrigsten waren die durchschnittlichen Tarifierhöhungen im Gastgewerbe sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (jeweils +2,1%) und bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+1,8%). Im Verarbeitenden Gewerbe, zu dem unter anderem auch die Metallindustrie und die chemische Industrie gehören, stiegen die Tarifverdienste durchschnittlich um +2,8%.

Der Jahreswert wird als arithmetisches Mittel aus den Indizes der Tarifverdienste für Januar, April, Juli und Oktober berechnet.

Detaillierte Daten zu ausgesuchten Wirtschaftszweigen bieten die Fachserie 16 „Verdienste und Arbeitskosten“, Reihe 4.3 „Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten“, sowie die dazugehörige „Lange Reihe“, die beide im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Verdienste & Arbeitskosten > Tarifverdienste zur Verfügung stehen. Die vollständigen Ergebnisse können über die Tabelle „Indizes der Tarifverdienste (62221-0002)“ in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden. Ausgewählte Tarifinformationen aus Flächentarifverträgen sind in der Tarifdatenbank unter www.destatis.de/tarifdatenbank zu finden.

Reallöhne 2012

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste, stiegen in Deutschland im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 0,6%. Nach +1,0% im Jahr 2011 und +1,5% im Jahr 2010 ist dies der dritte Anstieg in Folge. Die Nominallöhne lagen nach vorläufigen Angaben im Jahr 2012 um 2,6% über dem Vorjahreswert. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 2,0%.

Der Anstieg der Nominallöhne hat sich im Jahr 2012 von Quartal zu Quartal immer mehr verstärkt. Während das Wachstum im ersten Vierteljahr 2012 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal 2,1% betrug, erhöhte es sich bis zum vierten Vierteljahr 2012 auf 3,2%. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei den Reallöhnen. Im ersten Vierteljahr 2012 war der Anstieg der Nominallöhne und der Verbraucherpreise nahezu identisch, sodass die Reallöhne unverändert blieben. In den Folgequartalen stiegen die Nominallöhne stets stärker als die Verbraucherpreise. Bis zum vierten Vierteljahr 2012 beschleunigte sich das Wachstum der Reallöhne auf 1,2%.

Diese Angaben stellen erste vorläufige Ergebnisse über die nominalen und realen Bruttoverdienste in Deutschland im Jahr 2012 dar. Detaillierte und endgültige Daten untergliedert unter anderem nach Gebietsstand, Beschäftigungsumfang, Leistungsgruppen und Geschlecht für das vierte Vierteljahr 2012 und das Jahr 2012 werden voraussichtlich Ende März 2012 veröffentlicht.

„Lange Reihen“ zu den Real- und Nominallöhnen stehen auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Zahlen & Fakten > Gesamtwirtschaft & Umwelt > Verdienste & Arbeitskosten > Reallöhne, Nettoverdienste zur Verfügung.

Trinkwasserversorgung 2010

Im Jahr 2010 haben die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland etwa 5 Milliarden Kubikmeter Wasser gewonnen, von denen knapp 3,6 Milliarden Kubikmeter an Haushalte und Kleingewerbe abgegeben wurden. Bei dem gewonnenen Wasser handelte es sich überwiegend um Grund- und Quellwasser (70%).

30% der Trinkwasserversorgung erfolgte mit Oberflächenwasser. Dazu zählen See- und Talsperrenwasser (12%), angereichertes Grundwasser (9%) und Uferfiltrat (8%). Äußerst geringe Bedeutung hatte Flusswasser mit einem Anteil von 1%.

Regional variierte die Herkunft des Wassers für die öffentliche Trinkwasserversorgung stark. In Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland erfolgte fast die gesamte öffentliche Trinkwasserversorgung mit Grund- und Quellwasser. In Sachsen hingegen trug Oberflächenwasser, das in diesem Bundesland größtenteils aus Seen und Talsperren stammt, mit 73% zum gewonnenen Wasser bei.

Diese und weitere detaillierte Informationen über die Situation der öffentlichen Wassergewinnung und Wasserverwendung finden sich in der Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 2.1.1 „Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung – Öffentliche Wasserversorgung – 2010“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) im Bereich Publikationen > Thematische Veröffentlichungen > Umwelt > Umweltstatistische Erhebungen zur Verfügung steht.

Weitere wichtige Monatszahlen

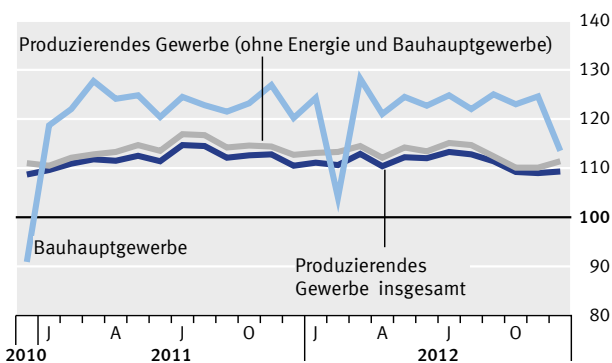
Produzierendes Gewerbe

Die *Produktion* im Produzierenden Gewerbe erhöhte sich im Dezember 2012 gegenüber dem Vormonat vorläufigen Angaben zufolge preis-, kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 0,3%. Im Monat zuvor war sie abwärts revidiert um 0,2% zurückgegangen. Produktionsimpulse kamen zuletzt aus der Industrie [Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauhauptgewerbe)], die eine Zunahme der Erzeugung von 1,2% verbuchen konnte. Im Bauhauptgewerbe war dagegen ein kräftiger Produktionsrückgang um 8,9% zu verzeichnen.

Auch im Bereich der Energie schwächte sich die Erzeugung spürbar ab (-3,4%). Innerhalb der Industrie weiteten die Konsumgüterproduzenten und die Hersteller von Investitionsgütern die Erzeugung deutlich aus (+3,9% beziehungsweise +1,9%). Die Produzenten von Vorleistungsgütern drosselten dagegen den Ausstoß um 0,7%.

Produktion im Produzierenden Gewerbe

Index 2005 = 100



Arbeitsmäßig und saisonbereinigter Wert nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA. – Vorläufiges Ergebnis.

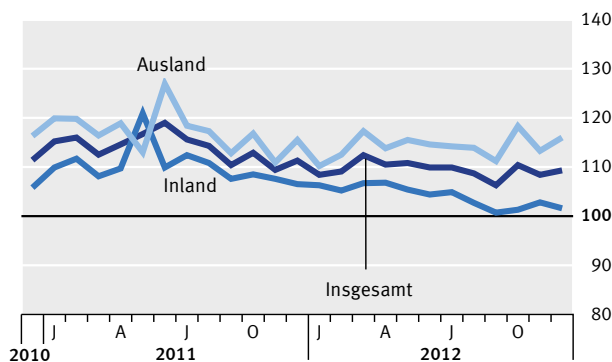
2013 - 01 - 0037

Basisinformationen und lange Zeitreihen zum Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe können auch über die Tabelle Indizes der Produktion (42153-0001) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Die *Auftragseingänge* in der Industrie haben sich im Dezember 2012 vorläufigen Angaben zufolge preis-, kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) gegenüber dem Vormonat um 0,8% erhöht. Im Vormonat waren sie um 1,8% zurückgegangen. Der Umfang an Großaufträgen war zuletzt überdurchschnittlich. Während die Inlandsnachfrage um 1,2% nachgab, nahmen die Bestellungen aus dem Ausland deutlich um 2,4% zu. In den industriellen Hauptgruppen hatten die Hersteller von Vorleistungsgütern einen Rückgang der Bestellungen um 3,6% zu verzeichnen. Dagegen konnten die Produzenten von Investitions- und Konsumgütern Auftragszuwächse von 3,6% beziehungsweise 1,7% verbuchen.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Volumenindex 2005 = 100



Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. – Arbeitsmäßig und saisonbereinigter Wert nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA. – Vorläufiges Ergebnis.

2013 - 01 - 0038

Basisdaten und lange Zeitreihen zum Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe können auch kostenfrei über die Tabelle Indizes Auftragseingang (42151-0004) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Einzelhandel

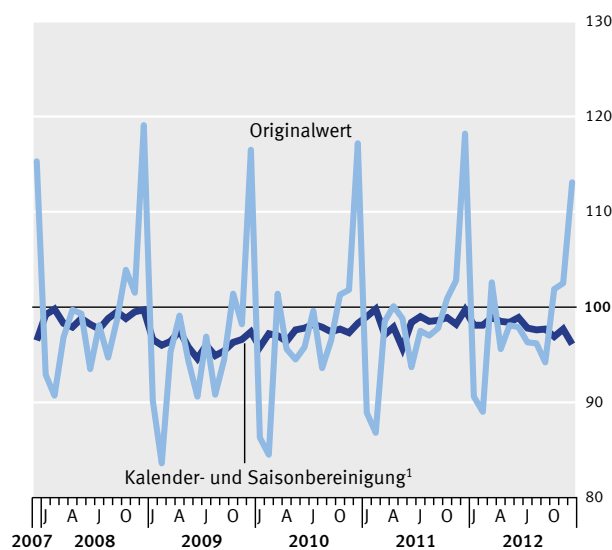
Die Unternehmen des Einzelhandels in Deutschland setzten im *Jahr 2012* nominal 2,0% mehr und real 0,2% weniger um als 2011.

Im *Dezember 2012* lag der Umsatz des Einzelhandels nominal um 1,6% und real um 4,3% unter dem Wert im Dezember 2011. Der Dezember 2012 hatte mit 24 Verkaufstagen zwei Verkaufstage weniger als der Dezember 2011.

Einzelhandel

Umsatz in konstanten Preisen (real)

2005 = 100



1 Berechnung nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

2013 - 01 - 0036

Im Vergleich zum November 2012 sank der Umsatz im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 2,0% und real um 1,6% (Verfahren Census X-12-ARIMA).

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im Dezember 2012 nominal 0,2% mehr, real jedoch 3,4% weniger um als im November 2012. Dabei lag der Umsatz bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten nominal um 0,4% höher und real um 3,3% niedriger als im Vorjahresmonat. Im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln wurde nominal 1,5% und real 4,9% weniger umgesetzt.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lagen die Umsätze im Dezember 2012 nominal um 3,4% und real um 5,2% unter denen im entsprechenden Vorjahresmonat.

Außenhandel

Im *Dezember 2012* wurden von Unternehmen in Deutschland Waren im Wert von 79,0 Milliarden Euro ausgeführt, während Waren im Wert von 67,0 Milliarden Euro eingeführt wurden. Damit gingen die deutschen Ausfuhren im Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,9% und die Einfuhren um 7,3% zurück. Kalender- und saisonbereinigt war die Entwicklung von Aus- und Einfuhren gegenläufig: Während die Ausfuhren gegenüber November 2012 um 0,3% stiegen, nahmen die Einfuhren kalender- und saisonbereinigt um 1,3% ab.

Für das *Jahr 2012* konnte eine Zunahme der Ausfuhren um 3,4% gegenüber dem Jahr 2011 verzeichnet werden. Insgesamt wurden im Jahr 2012 Waren im Wert von 1 097,4 Milliarden Euro aus Deutschland ausgeführt. Die Einfuhren stiegen um 0,7% gegenüber 2011 und erreichten 2012 einen Wert von 909,2 Milliarden Euro. Somit waren die deutschen Ausfuhren und Einfuhren höher als im bisherigen Rekordjahr 2011.

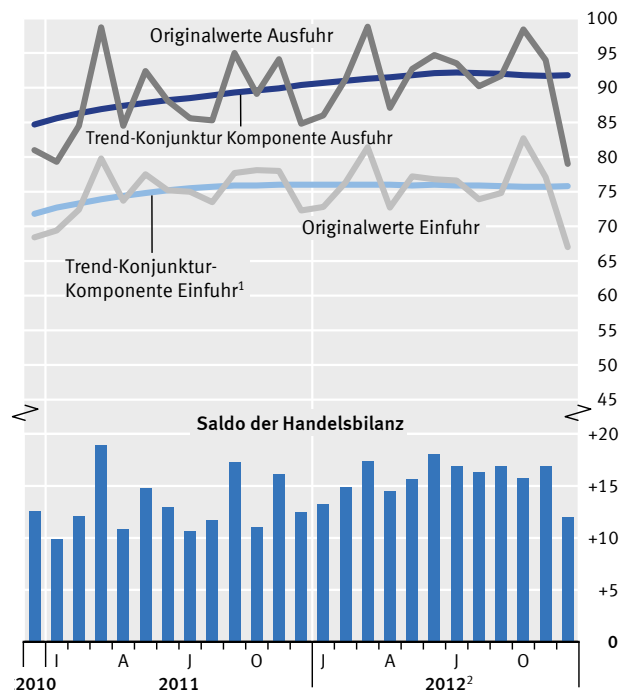
Der Index der Einfuhrpreise lag im Dezember 2012 um 0,3% über dem des Vorjahres. Im November 2012 hatte die Veränderung zum Vorjahr +1,1% und im Oktober +1,5% betragen. Gegenüber November 2012 fiel der Einfuhrpreisindex im Dezember 2012 um 0,5%.

Importierte Energie war im Dezember 2012 um 0,3% teurer als im Dezember 2011. Gegenüber dem Vormonat fielen die Preise für Energieträger um 1,4%. Importiertes Rohöl war im Vergleich zu Dezember 2011 um 2,1% teurer, gegenüber November 2012 gingen die Rohölpreise dagegen um 1,7% zurück. Für Mineralölzeugnisse musste binnen Jahresfrist 3,4% mehr bezahlt werden (-3,1% gegenüber November 2012). Die Erdgaspreise lagen dagegen um 2,6% unter denen des Vorjahresmonats (+0,9% gegenüber November 2012). Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse veränderte sich gegenüber Dezember 2011 nicht. Im Vergleich zum Vormonat November 2012 sank er um 0,3%.

Die durchschnittliche Jahresteuersatzrate der Einfuhrpreise war im Jahr 2012 um 2,1% höher als im Vorjahr (2011:

Außenhandel

in Mrd. EUR



1 Berechnung nach dem Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV 4.1).
2 Vorläufige Ergebnisse.

2013 - 01 - 0035

+ 8%). Der Preisanstieg im Jahr 2012 war vor allem durch die Preisentwicklung bei den Energieträgern (+ 7,4% gegenüber 2011) geprägt. Die Rohölpreise lagen 2012 um 8,2% höher als 2011, die Preise für importierte Mineralölzeugnisse waren im Schnitt um 10,1% höher als ein Jahr zuvor. Erdgas verteuerte sich durchschnittlich um 7,9%.

Der Index der Ausfuhrpreise lag im Dezember 2012 um 1,1% über dem Stand von Dezember 2011. Im November 2012 und im Oktober 2012 hatte die Veränderung zum Vorjahr +1,5% und +1,7% betragen. Gegenüber dem Vormonat November 2012 sank der Ausfuhrpreisindex im Dezember 2012 um 0,4%.

Der Außenhandelsbilanzüberschuss ging im Dezember 2012 gegenüber Dezember 2011 um 0,5 Milliarden Euro auf 12,0 Milliarden Euro zurück. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank ergab der Außenhandelsbilanzüberschuss zusammen mit den Salden der anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz, der Dienstleistungsbilanz (+ 2,6 Milliarden Euro), der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+ 4,8 Milliarden Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (+ 0,6 Milliarden Euro) sowie der Ergänzungen zum Außenhandel (- 2,7 Milliarden Euro) im Dezember 2012 einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 17,3 Milliarden Euro (- 3,6 Milliarden Euro gegenüber Dezember 2011). Kalender- und saisonbereinigt lag der Überschuss der Außenhandelsbilanz im Dezember 2012 bei 16,8 Milliarden Euro.

Im Jahr 2012 schloss die Außenhandelsbilanz mit dem zweithöchsten Überschuss seit Einführung der Außenhan-

delsstatistik im Jahr 1950 ab (188,1 Milliarden Euro; + 29,4 Milliarden Euro gegenüber 2011). Zusammen mit den Salden der Dienstleistungsbilanz (- 6,7 Milliarden Euro), der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+ 51,8 Milliarden Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (- 37,1 Milliarden Euro) sowie der Ergänzungen zum Außenhandel (- 29,2 Milliarden Euro) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im Jahr 2012 mit einem Überschuss in Höhe von 166,9 Milliarden Euro ab (+ 19,7 Milliarden Euro gegenüber 2011). [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither,
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.